

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis für Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Erich Linder).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf.,  
Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4724.

Nr. 61.

Berlin, Sonnabend, 15. Dezember 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Das englische Gewerkevereinsrecht und die Lords. — Die Fleischsteuerung vor dem Reichstage. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Das englische Gewerkevereinsrecht und die Lords.

Das neue englische Gesetz über die Gewerkevereine, das notwendig geworden war, weil mit dem **Lass-Bale-Gesetz** die Gewerkevereine für Streikschäden haftpflichtig gemacht wurden, ist bekanntlich schon vor längerer Zeit vom Unterhause mit einer Mehrheit von 350 Stimmen angenommen worden. Diesfach bestand aber große Sorge darüber, ob auch das Oberhaus, das Haus der Lords, die Vorlage annehmen werde. Darüber ist jetzt jeder Zweifel geschwunden. Auch die Lords werden das Gesetz annehmen. Selbst englische konservative Blätter, wie „Standard“ und „Globe“, gaben der Meinung Ausdruck, daß die Vorlage im Oberhause auf keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr stoßen werde. Diese für die Gewerkevereine recht erfreuliche Aussicht stützt sich auf den Gang der Verhandlung im Oberhause. In einem Bericht des englischen „Borward“<sup>\*)</sup> Korrespondenten vom 6. Dezember, abgedruckt im „Borward“ am 11. Dezember, welcher über die vorläufige Annahme der Vorlage berichtet, wird zwar hervorgehoben, daß wohl formell noch ein ziemlich weiter Weg bis zur Annahme des Gesetzes zurückzulegen sei, die bei der Beratung am 4. Dezember von den führenden Lords gehaltenen Reden ließen aber darüber keinen Zweifel mehr aufkommen, daß das Oberhaus zustimmte.

Der englische Lordkanzler, der gleichzeitig auch der Justizminister und der Präsident des Hauses der Lords ist, empfahl nach einem historischen Rückblick auf das Werden dieses Gesetzes die Annahme desselben. Diese Vorgänge sind unseren Lesern aus den früheren Ausgaben im „Gewerkeverein“ bekannt. Gerade jetzt interessiert es aber alle organisierten Arbeiter, was der Lordkanzler über den Hauptpunkt der Bill, die Rechtsfähigkeit und die Haftpflicht der Gewerkevereine, sagte:

Ein kluger Mann sagte: man kann von einem Dinge nichts verstehen, so lange man nicht weiß, wie es emporgewachsen ist. Das gilt auch von unserem Gegenstande. Trade-Unions gibt es in England seit 200 Jahren. Es zum Jahre 1871 waren die verschiedenen Regulierungen und Gesetze **grasam** gegen alle Arbeiterorganisationen. Eine Person konnte wegen Zugehörigkeit zu einer Trade-Union unter Anklage gestellt werden. Streiks waren ungesetzliche Handlungen. Man konnte eine Trade-Union straflos beschließen. Sie war rechtlos. Aber eines Tages teil hatte sie: Man konnte sie nicht vor Gericht bringen. Es liegt bis auf die letzten Jahre kein Fall vor, wo eine Trade-Union verklagt worden wäre. Neben mir sitzt Lord Gros, der als Mitglied der konservativen Regierung in den Jahren 1876 und 1876 hervorragenden Anteil am Zustandekommen des Trade-Unionsrechts genommen hat, wofür ihm die Gewerkevereinsführer öffentlich gedankt haben. Wenn er mit in meinen Ausführungen widersprechen sollte, so würde ich wissen, daß ich im Unrecht bin. Auch jene Gesetze wußten nichts von einer kollektiven Verantwortlichkeit oder Rechtsfähigkeit der Trade-Unions. Daraus ist eine der Ursachen des Trade-Unionsrechts; er konnte die Arbeiterfrage, wie nur wenige unter uns; er war von der Notwendigkeit eines freizeithilflichen Arbeiterschutzes tief

überzeugt. Und unter diesem Rechte bauten sich unsere Trade-Unions auf, bis im Jahre 1901 der Schlag des **Lass-Bale-Gesetzes** kam, der die in schwerer Arbeit zusammengesparten Groschen der Gewerkevereine gefährdet. Diesen Schlag wollten wir parieren und das Gesetz so fassen, wie es nach allgemeiner Ansicht bis zum Jahre 1901 gegolten hatte.“

Der Lordkanzler verteidigte sodann noch das Recht der Arbeiter, Streikposten zu setzen und schilderte den Unfuss der Anklagen wegen Verschwendung. Beide Fragen finden in dem Gesetzentwurf eine den Wünschen der Gewerkevereine entsprechende Lösung.

Der Führer der Konservativen, Lord Lansdowne, bekämpfte die Bill, kam aber trotzdem zu dem Schluß, das Gesetz passieren zu lassen, nur müsse die liberale Regierung die Verantwortung ganz allein auf sich nehmen, was sie auch gern und ohne Bedenken tut. Lord Lansdowne sagte:

Die Klassen der Gewerkevereine seien gewiß des arbeitsfähigen Schutzes wert, aber nur insoweit sie wohlthätigen Unterhaltungsmaßnahmen — wie bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit usw. — dienen. Jedoch derjenige Teil der Fonds, der zu Streikmaßnahmen verwendet werde, müßte **aus dem Gewerkevereinsfonds** zu bezahlen gezwungen werden können. Allerdings sei nicht zu vergessen, daß das Land sich zugunsten der Gewerkevereinsvorlage ausgesprochen habe. Die letzten Hauptwahlen seien ja vornehmlich auf Grund dieser Bill ausgefochten worden, und die Mehrheit entschied sich für sie. Unter solchen Umständen müsse das Haus der Lords vorsichtig sein. Der Kampfplatz würde für uns ungünstig sein. Auch wenn die Lords einen Sieg erringen könnten, wäre dieser Sieg schließlich fruchtlos. Wir sind davon überzeugt, daß diese Bill den Arbeitern nicht Rechte, sondern **Verrechte** gewährt, die dem Gemeinwesen gefährlich werden können. Dennoch liegen die Dinge so, daß dieses Haus der Bill nicht in den Weg treten kann. Und wenn wir das Gesetz auch passieren lassen, so lehnen wir gleichzeitig jede Verantwortlichkeit dafür ab, und wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß der gesunde Sinn der Unternehmers und der Arbeiter aus vor den Gefahren schützen möge, die aus dem Gesetze entspringen können, welches die Regierung jetzt durchdringen will.“

Besser und wirksamer hätte der konservative Führer nicht zum Ausdruck bringen können, wie verständlich die englischen Arbeitermassen handelten, als sie mit dem Stimmzettel eine starke liberale Mehrheit und damit auch eine liberale Regierung schaffen halfen.

Auch andere konservative Redner wendeten sich gegen die Bill, hingegen sehr warm befürwortet wurde sie von dem Bischof von Süd-London. Er sagte u. a.:

„Die organisierte Arbeiterklasse zählt, daß sie im Wettbewerb mit den übrigen Klassen die schwächere ist. Sie zählt, daß ihre finanziellen Hilfsmittel, die administrative Organisation der großen Industriekapitale fehlen. Sie zählt, daß ihre Aktionen langsam und schwerfällig sind. Mit einem Worte: sie zählt, daß sie mit einem **Streich** um den Hals auf dem Kampfplatz tritt. Ich habe einen festen Glauben an den Gerechtigkeitsgott der Arbeiterklasse und ich bin überzeugt, sie würde die Bill ganz gut rechtfertigen können. Die Arbeiter würden sagen: „Es ist sehr schwer für uns, unsere Organisation wirkungslos und stark zu machen. Gegenüber dem Gewicht der gesellschaftlichen Kräfte, die gegen uns in die Waagschale geworfen werden, gibt es für uns kein anderes Mittel als **Zusammenhalt** unserer Klassen.“ — Das Vertrauen der Arbeiter wurde erfüllt; die Aufgabe des Parlaments

kann jetzt nur die sein, den Arbeitern dieses Vertrauen wiederzugeben. Wird die Bill zum Gesetz erhoben, so kann es wohl kommen, daß wir anfangs schlechte Zeiten werden durchmachen müssen. Aber ich bin überzeugt, daß wir ein gesundes soziales Leben nicht durch eine oberflächliche Gleichheit des Gesetzes erlangen werden, sondern durch die **Selbstverwaltung** der Arbeiter, durch die Selbstbeherrschung und Weisheit der Trade-Unions. Durch das alte Trade-Unionrecht haben wir bereits Fortschritte nach dieser Richtung gemacht, und dies ist auch der Weg für die Zukunft. Ich bin deshalb gerne bereit, für die Bill zu stimmen.“

Mit diesen Reden vergleiche man, was bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die gewerblichen Berufsvereine auf der rechten im Deutschen Reichstage gesagt wurde. Solche Vorgänge sind auch eine belehrende Antwort auf die Frage, warum in England die Sozialdemokratie nicht auf einen grünen Zweig kommen kann.

Deutsche Arbeiter, mißt nach Art der englischen Kameraden für starke Gewerkevereine, dann wird auch euer Einfluß auf die Gesetzgebung ein entscheidender werden. Die Sozialdemokraten im Reichstage sind nicht in der Lage, arbeiterfeindliche Gesetze zu verbieten, geschweige denn arbeiterfreundliche Gesetze herbeizuführen. Durch Dr. Kar Nisch hat die deutsche Arbeiterschaft aus England die Gewerkevereine erhalten, möchte sie endlich auch das verständliche Verhalten der englischen Arbeiter in der Politik sich zu eigen machen. Die Sozialdemokratie würde dann allerdings aus dem Reichstage verschwinden, mit ihr aber auch die Reaktion. In einer starken arbeiterfreundlichen bürgerlichen Linken würden die Arbeiter, d. h. wirkliche Arbeiter, bald einen breiten Raum einnehmen.

\*) Lernet, deutsche Arbeiter, lernet!

K. G.

### Die Fleischsteuerung vor dem Reichstage.

Am Dienstag, 11. Dezember, wurden im Deutschen Reichstage die Interpellationen betreffend Maßnahmen zur Abhilfe der herrschenden Fleischsteuerung verhandelt. Die erste Interpellation war eingebracht von der freisinnigen Volkspartei und hatte folgenden Wortlaut:

„Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der herrschenden Fleischsteuerung schnellig abzuwehren? Beabsichtigt er insbesondere Abhilfe zu schaffen?

1. durch Drosselung der Grenzen unter Aufrechterhaltung des Schutzes gegen die Einfuhr von Fleischwaren,  
2. durch Aufhebung der Zölle auf Futtermittel?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Beamten und Unterbeamten, sowie den sonst in fester Stellung stehenden Angestellten der Reichsverwaltung einen Ausgleich zu schaffen für die nachteiligen Folgen der herrschenden Fleischsteuerung auf ihre Lebenshaltung?

Die zweite Interpellation war von der sozialdemokratischen Fraktion in folgendem Wortlaut vorgelegt:

„Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der historischen Steuerung der notwendigen Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, die zu einer schweren Katastrophe für den größten Teil des deutschen Volk geworden ist, entgegen zu wirken?“

Die freisinnige Interpellation entsprach in der Hauptsache der vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine an den Reichstag gerichteten Resolution<sup>\*)</sup> und wurde begründet in einer

\*) Veröffentlicht in Nr. 52 des „Gewerkevereins“ im Bureau des Reichstages abgegeben am 18. XI. 06.

aus den Kollegen Nagrod-Schmied, Gerth, Gähmig, ...

§ Gelbesbach a. Quader. Am Sonntag, 25. November, fand hier eine große öffentliche Gewerkevereinsversammlung statt. Die Versammlung, welche überaus gut besucht war, wurde nachher durch die Vertreter...

tagende, Kaiserlich beschworene öffentliche Gewerkevereinsversammlung erfüllt sich mit dem Referenten, Herrn...

§ Stolp (Pommern). Ein merkwürdiger Agitator ist der Königsberger Gauleiter Franz Donatius von Gattler...

§ Wörms. Am 25. November hielt im Ortsverband Kollege Kluge ein Mannheimer einen Vortrag über...

Verbands-Zeile

Berlin. Distriktsrat der Deutschen Gewerkevereine (D.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verhandlungsraum der Deutschen Gewerkevereine...

Orts- und Bezirksvereine. Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn...

Werbungen bzw. Ergänzungen zum Mitteilungsblatt. Bitterfeld (Ortsverein der Typsetzer und Drucker)...

Anzeigen-Zeile

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine. Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Beschriftung zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl...

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine. I. Weihnachtsfeierabend: Große Matinee der Liebertafel des Vereins...

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine. Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder! Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die...

umfassenden Rede durch den Abg. Dr. Biemer. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sind die Preise im Großhandel gestiegen: bei Rindfleisch um 23,4 pCt., Schweinefleisch 40,6 pCt., Kalbfleisch 33 pCt., Hammelfleisch 32 pCt. (Greise man einzelne Jahre und Orte heraus, so lässe eine Verteuerung bis zu 50 pCt. festgelegt werden.

Nach der amtlichen Statistik hat in Preußen im Detailhandel ein Pfund Rindfleisch 1881-1891 58 Pfg. gekostet, dann nach der Einführung der Schutzpolitik 72-74 Pfg., und 1906 ist der Preis auf 90-92 Pfg. gestiegen. Im Jahre 1905 wurde in einer Denkschrift des preussischen Landwirtschaftsministeriums über die Fleischsteuerung die Ansicht vertreten, daß die Steuerung nur eine vorübergehende sein werde, weil sie ihren wesentlichen Grund in der Steuerung der Futtermittel im Jahre 1904 habe. Diese Voraussetzung ist leider nicht eingetroffen: im Gegenteil ist ein weiteres Steigen der Preise und Viehpreise zu beobachten. Diese Preise stehen am höchsten. Bei uns kostet das Pfund Rindfleisch 90 Pfg., in Holland 68 Pfg., in Belgien 56 Pfg., in Spanien 55, in Schweden, Dänemark 40, in England 48-55, in Norwegen, während die amtliche Statistik in der letzten Zeit einen geringen Rückgang der Preise verzeichnet. Es handelt sich aber um ganz geringfügige Erhöhungen, vereinzelt sind sogar Preisrückgänge eingetreten. Die Preisdifferenzen von 1-2 Pfg. fallen jedenfalls gegenüber den tatsächlich vorhandenen hohen Preisen nicht ins Gewicht. (Sehr wahr! links) Besonders wird von der agrarischen Presse jetzt auf den Rückgang der Schweinepreise, der in der letzten Zeit sich gezeigt hat, hingewiesen. Bei dem jetzt übergehenden Wollmarkt mit dem warmen Wetter der Wirkung, daß die Produktion von Dauerware zurückgeht, war auch sofort ein Anleihen der Preise bemerkbar. Schließlich wirkt das in dieser Zeit hervortretende Erscheinen von Woll und von Käsen auf dem Lebensmittelmarkt. Das kommt, daß im Herbst und Winter ein Rückgang der Schweinepreise alljährlich eintritt, daß er also keine neue, sondern eine natürliche Ursache namentlich darin, daß die Landwirte zum Jahresabschluss Geld brauchen, um ihre Zinsen und Pacht zu bezahlen, und infolgedessen ein vermehrtes Angebot eintritt.

Wie wirkt nun die Fleischsteuerung? Dieser Zustand, der seit einer Reihe von Monaten bei uns besteht, wird von welters Bekanntheit als ein schwerer wirtschaftlicher Notstand empfunden (Sehr wahr! links). Das beweisen die zahlreichen Eingaben an den Reichstag, die Beschlüsse der Handelskammern, der städtischen Behörden usw., die Jüden ja alle noch in Erinnerung sind. Die Verteuerung in der Fleischernährung hat sich nicht eingestellt die körperliche Leistungsfähigkeit. Der Fleischkonsum ist aber ständig in demselben Maße zurückgegangen, wie die Fleischpreise gestiegen sind. Die Wohlhabenden aber haben ihren Fleischgenuss nicht vermindert: der Rückgang ist auf die Klassen mit doppelter Macht gefallen. (Sehr wahr! links.) Eine Bittung dieser Klassen ist eben die in dem erdhöhen Verbrauch von Pferde- und Hundfleisch, der ja wohl auch ein (nach rechts) nicht gerade begehrt wird. (Sehr wahr! links.) Die Verminderung des Fleischkonsums hat eine Schädigung der Arbeitsfähigkeit im Gefolge, zumal da neben dem Fleisch auch die Ersatzmittel: Eier, Butter, Milch usw. verteuert worden sind. Die unzureichende körperliche Ernährung rächt sich an dem heranwachsenden Geschlecht, das weniger kräftig und weniger gesund wird, rächt sich an der Wehrkraft des deutschen Volkes. (Sehr wahr! links.) Unsere Resolution geht insbesondere ein auf die Beamten, die in letzten Bezügen stehen. Wir wissen zwar, daß die Fleischsteuerung alle Preise der Bevölkerung sehr empfindlich trifft, aber die Beamten sind nicht einmal in der Lage, durch einen Streik ihre Bezüge zu erhöhen (Heiterkeit). Im vorigen Jahre haben sich die preussischen Minister und Staatssekretäre Repräsentationszulagen von je 14000 Mark gewährt lassen - mit Rücksicht auf die steigenden Kosten der Lebenshaltung. (Große Heiterkeit links.) Verdienen die mittleren und unteren Beamten nicht eine erhöhte Berücksichtigung?

Ich werde mich nun mit einigen Worten der Frage nach dem Ursprung der Fleischsteuerung zu. Zwar wirkt noch immer das trodene Jahr 1904 nach, in dem wir einen Anstieg von 100 Millionen Zentnern bei der Futterernte zu verzeichnen hatten. Naturgemäß wurde infolge davon der Viehbestand verringert, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß die Erhöhung der Zölle auf Futtermittel die Ergänzung des Viehbestandes erschwert. Jedoch aber reicht der Hinweis auf das Jahr 1904 zur Erklärung der Fleischnot nicht aus. Entscheidend ist die einfache volkswirtschaftliche Tatsache, daß die deutsche Produktion nicht ausreicht, den wachsenden Konsum der deutschen Bevölkerung zu decken. Das wird zwar von agrarischer Seite bestritten. Der Oberpräsident der Rheinprovinz Herr v. Schorlemer hat noch jüngst ausgesprochen, daß die deutsche Landwirtschaft den Ansprüchen der deutschen Konsumenten nicht genüge. Das wird auch in Zukunft bei der fortgesetzten steigenden Bevölkerung nicht der Fall sein.

Unter den Ursachen der Fleischsteuerung spielen natürlich die neuen Zölle eine wesentliche Rolle. Es wird wohl von keiner Seite bestritten werden, daß die Wirkung dieser Zölle, die erzieht werden sollte, tatsächlich auch eingetreten ist. Es fragt sich nun, wie dieser Fleischnot abzuhelfen ist. Als Mittel zur Abhilfe kommt für uns vor allem in Betracht die Öffnung der Grenzen, unter Aufrechterhaltung des Schutzes gegen die Einschleppung von Viehseuchen. Die agrarische Presse behauptet zwar, die Öffnung der Grenzen würde nichts nützen, weil in unseren Nachbarstaaten ebenfalls kein Vieh vorhanden ist. Ich gebe zu, daß mit der Öffnung der Grenzen die Fleischpreise nicht

mit einem Schlage niedriger würden, weil unsere Nachbarn infolge unserer hohen Zölle sich nicht für den Export nach Deutschland eingerichtet haben. Aber bei Öffnung unserer Grenzen würde sich die Viehzucht unserer Nachbarstaaten in kurzer Zeit heben. Und in reichlichen Mengen wird die Rotwundvieh eine Erleichterung ausgeben. So hat beispielsweise der Vorstand der Rheinischen Landwirtschaftskammer die Öffnung der holländischen Grenzen empfohlen. Aber der Bund der Landwirte hat sofort Front gemacht, mit dem Erfolg, daß der Vorstand der Rheinischen Landwirtschaftskammer seinen Antrag zurückzog. Der konservative Deutscher Reichstag hat sich für die Erhaltung der holländischen Zölle entschieden. (Hört, hört! links.) Trotz dieser anerkannten Notwendigkeit hat die Regierung die holländischen Zölle in den Schuss gelegt und hat sich nicht entschließen können, Maßnahmen zur Abstellung des herrschenden Viehstandes zu ergreifen. Ein besonderes Hindernis war die Haltung des früheren Landwirtschaftsministers v. Podbielski. Ich habe nicht die Absicht, im gegenwärtigen Augenblick auf diese meine Meinung nach, für das Staatswohl nicht gebührende Wirken des früheren preussischen Landwirtschaftsministers hier einzugehen. (Obwohl rechts.) Er war ein einseitiger Befürworter agrarischer Interessen, während er als Staatsminister mit Verantwortung für das Landbewirtschaften und die Viehzucht im Reichstag tätig war. Die Tätigkeit des Herrn v. Podbielski wird noch lange juristisch und wird vom deutschen Volke nicht so bald vergessen werden. (Sehr wahr! links.) Aber für die Reichspolitik ist in erster Reihe der Reichstagler Verantwortung, der auch als preussischer Ministerpräsident die Verantwortung für die Entwicklung der Dinge in Preußen zu tragen hat. Die Regierung hat trotz der wachsenden Verantwortung, trotz all der Vorgänge der letzten Monate nichts getan, um irgend eine Milderung herbeizuführen, obwohl ein Mann, der heute Mitglied der Regierung ist, der Handelsminister Delbrück als Oberbürgermeister von Berlin sei dringend erforderlich. (Hört! hört! links.) Das Verhalten der Regierung in dieser Frage kann ich am besten beschreiben, wenn ich eine Anekdote wiederhole, die in einem Innern der Regierung nachstehenden Blatt gefunden hat, der „Reichspost“ (Nürnberg, Heft 10) - ich meine natürlich der nationalberalen „Reichspost“ - die jüngst ausgesprochen hat, daß die Regierung in der brennendsten Fleischnotfrage einseitig den Interessen des Großgrundbesitzes diene, daß sein Vaterlandstreuen es länger mit ansehen könne, wie die Regierung durch ihre Latenzlosigkeit, Schlafheit und Risikolustung der Erzeugung des Volkes immer größerer Teile des Bürgertums in die Reihen der Sozialdemokratie treibe. (Hört, hört! links.) Für eine stetige Entwicklung und eine gesunde politische Zukunft des Vaterlandes kann nicht eine Politik Eitelkeit bieten, die nur einseitig die Interessen einer bestimmten Volksklasse wahr, sondern nur die Politik, die sich auf dem Einflüsse mit dem Gesamtwohl hält. (Sehr, lang anhaltende Heiterkeit links.)

Wir haben aus dieser wirkungsvollen Rede nur einen kurzen Auszug wiedergeben können, weil der knappe Raum unseres Blattes uns zu dieser Kürze zwingt.

Die sozialdemokratische Interpellation wurde vertreten durch den Abg. Scheidemann, der hervorhob, daß das Ansehen der Regierung im Lande kein übermäßig großes sei, das auch nicht erhöht werden sei dadurch, daß man wohl 4 Wochen dazu gebraucht habe, eine das gesamte Wohl in hohem Maße interessierende Frage zu beantworten. Die wahnwitzige volksverwührende Agrarpolitik müsse aufgegeben werden. Die Junker hätten ja selber schon als schlimmste Volksgeißeln gehaut. Nur die Ausplünderungstendenz der Junker habe sich im Laufe der Jahrhunderte geändert.

Die Interpellationen wurden beantwortet im Namen des Reichstags durch den Staatssekretär Grafen Posadowski. Das nach den zur Verlesung gebrachten Ausführungen als Erklärung der verbündeten Regierungen angesehen wird, ist herzlich wenig. Es wird in wesentlichen alles beim alten bleiben. Es sollen, wenn wir den Redner richtig verstanden haben, nur aufgehoben werden die Verbote, frisches Fleisch aus Schweden, Norwegen und Dänemark einzuführen. Die Zulassung der Einfuhr von lebendem Rindvieh aus diesen Ländern wird noch erwogen. Borgefesse ist für Preußen eine Ermäßigung der Eisenbahn-Frachttarife für Vieh und Fleisch. Die Verwaltungen der anderen Eisenbahnen sollen einer bezüglichen Revision des Frachttarifs nicht abgeneigt sein. Zu einer Verabreichung der Fleisch- und Viehzölle hätten sich die verbündeten Regierungen nicht entschließen können. Die Mehrheit des Reichstags habe diese Zölle als Mindestmaß des nötigen Schutzes der Landwirtschaft angesehen; sie sollten dazu dienen, einen Ausgleich herbeizuführen zwischen den Kosten der Produktion und dem Preise des Produkts. Durch ein Mittel an den Raum in Kraft getretenen Zollsätzen würde die Stetigkeit der inländischen Produktion erhöht. Die bestehenden Zölle auf Futtermittel sollen ebenfalls unverändert bleiben. Zur Verhütung der Fleischnot müsse das meiste von einer Stärkung der heimischen Viehzucht erwartet werden. Ob und inwiefern es geboten sei, die wirtschaftliche Lage der Beamten im Hinblick auf die Verteuerung der Lebensmittel zu verbessern, und ob und inwiefern dies zurzeit dem Reiche finanziell möglich sei, bilde Gegenstand der ersten Erwägung der verbündeten Regierungen. Der neue preussische Landwirtschaftsminister

b. Armin setzte auseinander, daß die wirkliche Ursache der Teuerung in der starken Abnahme der Schweinefleischmengen liege. Und die Ursachen hierfür lägen in der geringen Karriereförderung im Jahre 1904 und in den zu niedrigen Schweinepreisen in den Jahren 1903 und 1904. Da sei die Produktion zurückgegangen. Jetzt, wo die Preise teurer seien, würde auch mehr produziert und dadurch werde dann wieder der Preis heruntergehen. Ein allzu großes Herabgehen der Preise sei im Interesse der Landwirtschaft nicht wünschenswert. Von dem Wachsen aller Agrarprodukte. Die Produktion des Stallmistes ab und dieser sei der Hauptfaktor für die Produktion aller Agrarprodukte. Die Industrieerzeugnisse seien auch im Preise gestiegen. Im Fleischkonsum übertrage nur das englische Volk das deutsche. In Frankreich, Belgien und Dänemark werde weniger Fleisch gegessen. Nach den unter Mitwirkung der Gewerkschaften 1903 aufgenommenen Haushaltsverhältnisse gehe hervor, daß die Arbeiter verhältnismäßig viel Fleisch äßen. Die Lohnrückgänge seien erheblich größer gewesen als die Preissteigerungen.

Abg. Gerstenberger (Zentrum) erklärt, daß auch die Landwirtschaft eine übermäßige Fleischsteuerung bedauere. Aber auch die Landwirtschaft wolle ihre Arbeit bezahlt haben. Das sei aber nur zu erreichen durch einen angemessenen Grenz- und Zollschutz. Die Fleischsteuerung sei nicht so schlimm, die Arbeiter müßten nur weniger für Alkohol ausgeben. Redner hätten ihm gesagt, die Verbotsstelle nehme nur deshalb so zu, weil schon den Kindern zu viel Fleisch gegeben würde. Da könne man doch nicht von „Unterernährung“ und „Aushungerung“ sprechen. Die Landleute müßten auch schwer arbeiten und könnten von der guten Luft alles nicht fressen. Niemand mache den Bauern den Vorwurf des Wuchers, weil durch ihre Lohnrückgänge die Wieten steigen. Warum verüble man da der Landwirtschaft ihren Gewinn? Der ganze Fleischnotzettel sei ein Stück des Kampfes gegen die konservativen Elemente des Staates, ein Stück des Kampfes wie er auf staatlichen, wirtschaftlichen und kirchlichen Gebieten ausgefochten werden müsse. Man möge sich von dem Geheiß über die Fleischsteuerung nicht mitreißen lassen, sondern gerecht auch über die Landwirtschaft urteilen.

Herr Gerstenberger ist von Beruf Kaplan. Seine Rede dürfte in der Arbeiterklasse, auch in der katholischen, viel böses Blut machen.

Ungewöhnliche Veranstaltung.

Freitag, 14. Dezember 1906.

Der Reichstag ist aufgelöst! In wenig Tagen hatte sich die Situation in der Reichspolitik so verändert, daß nach Meinung der Regierung der entscheidende schwere Konflikt nur noch durch die Auflösung des Reichstages gelöst werden konnte. Zwischen der Zentrumspartei und der Reichsregierung war es zu vielfachen Zusammenstößen gekommen. Der Abg. Koerer hatte wiederholt versucht die Macht des Zentrums zu benutzen, um hinter den Kulissen auch in Personalfragen die Entscheidung zu treffen und die Regierung ganz und gar unter den Willen des Zentrums zu beugen. Der neue Kolonialdirektor Dernburg hatte diese Dinge dem Reichstag mitgeteilt. Darum wollte das Zentrum Herrn Dernburg unmöglich machen, indem es ihm die Mittel zur Fortführung des Kampfes gegen den Aufstand in Südwestafrika verweigerte. Die Sozialdemokraten und die Polen stellten sich in der Verweigerung dieser Mittel auf die Seite des Zentrums. Alle übrigen Parteien gingen von der Ansicht aus, daß es vor dem Volke nicht verantwortet werden könne, wenn man die zur Niederwerfung des Aufstandes nach Südwestafrika geschickten Truppen kampfunfähig mache. In diesem Falle würde auch Südwestafrika, so fürchter man, ganz verloren gehen. Hätte es sich noch um Ostafrika gehandelt! Südwestafrika ist der bei weitem wertvollere koloniale Besitz Deutschlands. Die freisinnige Volkspartei beantragte, die Regierungsvorlage zu bewilligen mit der Maßgabe, daß entsprechend der fortschreitenden Verhütung des Schutzgebietes der deutschen Soldaten nach und nach zurückgezogen werden sollten. Die Regierung sagte dies zu und erklärte sich daher mit dem freisinnigen Antrag einverstanden. In namentlicher Abstimmung wurde aber dieser Antrag mit 176 gegen 171 Stimmen abgelehnt und schließlich die Regierungsvorlage sodann mit 178 gegen 168 Stimmen verworfen. Darauf verlor der Reichstag den Auflösungsbeschluss. Die Auflösung rief im Reichstage große Bewegung und Erregung hervor.

Die Remwahlen müssen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen vollzogen sein, hiernach spätestens am 11. Februar stattfinden.

Das Zentrum hat durch seine Dintertreppchenpolitik viel an politischem Ansehen eingebüßt und seine Haltung in der Fleischnotfrage hat insbesondere auch in der katholischen Arbeiterklasse einen schlechten Eindruck gemacht. Wie im Reichstage, so werden auch im Wahlkampfe Zentrum und Sozialdemokratie

wirkliche Ur-  
nahme der  
schen hier-  
im Jahre  
eilen in den  
Produktion  
ener sein,  
werde dann  
allgroßes  
Landwirt-  
blühen der  
mifches ab  
Produktion  
nisse seien  
n übertrage  
Frankreich,  
Hilich ge-  
Gewerks-  
chaften die  
äßig viel  
erheblich  
hört, daß  
fischtheu-  
erkeit wolle  
ur zu er-  
und Zoll-  
schlimm-  
wohl aus-  
Kerzofität  
ändern zu  
doch nicht  
sprechen  
ten und  
werden.  
durf des  
Mietens  
wirtschaft  
amel sei  
de er  
dem Ge-  
he sich  
icht mit-  
ndwirt-  
Seine  
katholi-  
1906.  
Lagen  
so ver-  
ent-  
Auf-  
wischen  
vor es  
r Abg.  
ht des  
n auch  
n und  
er des  
trektor  
geteilt.  
g un-  
Fort-  
in  
kranten  
erung  
Alle  
as es  
wenn  
nach  
big  
frühe,  
s sich  
ber  
nde.  
mg-  
ent-  
kur-  
rd-  
s zu  
wer-  
der  
und  
178  
ber  
lung  
ang  
jeb-  
also  
me-  
ne  
sch  
in  
tie

zusammenziehen. Ob dieses schwarzrote Bündnis bei dem radikalen Teil der Arbeiterchaft viel Sympathie findet, ist natürlich sehr fraglich.  
Auf der andern Seite ist die bürgerliche Linke vollkommen eint. Diese wird den Kampf zu führen haben gegen links und rechts, denn auch die Konserwativen haben durch ihren Dr. Arendt u. a. durch eine Hintertreppenspolitik den Fänge-Peters wieder zu Ehren bringen wollen, und sind an erster Stelle verantwortlich für die bisherige reaktionäre Politik.  
Der Gesetzentwurf über die Rechtmäßigkeit der Berufsvereine ist jetzt unter den Tisch gefallen. Ebenso die anderen Gesetzentwürfe.

Die Zentrumspresse steigert mit jedem Tage ihre Riedertracht im Kampfe gegen die Gewerksvereine. Die schwarze Presse führt der roten in diesem Kampfe noch den Rang abzulaufen. Der in Hamm erscheinende „Westf. Volksfreund“ — ein netter Volksfreund! — nennt es eine „Fressheit der Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine“, daß sie sich als eine nationale Organisation bezeichnen und sich bemühen, die verständigen, nicht vom Konfessionellen Daß beiseiten katholischen und evangelischen Arbeiter zu gewinnen. Eine Fressheit ist es in der Tat; die Gewerksvereine in so schamloser Art anzugreifen. Das ist nicht christlich, sondern niederrichtig!

Der „Essener Volksfreund“, ein Zentrumsorgan, läßt sich schon seit längerer Zeit darin, die Gewerksvereine als sozialdemokratisch zu denunzieren. Einen neuen Anlaß hierzu findet das Blatt in dem Vorgehen einiger unserer Mitglieder des Gewerksvereins der Raschensbauer in Farnroda, die einen Wahlverein der sozialdemokratischen Partei haben gründen helfen. Wir haben diese Tat unserer Farnrodaer Kollegen als nicht mit den Gewerksvereinsbestrebungen vereinbar erklärt. Der „Essener Volksfreund“ meint nun, daß die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Leute sich gar nicht wundern, daß die Gewerksvereine sozialdemokratische Wahlvereine gründen. Denn, so meint das Blatt, solche Erscheinungen seien eine natürliche Folge der in den Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereinen großgezogenen Grundlosigkeits. Und dann leitet sich das fromme Blatt folgende Denunziation.

„Echon heute gehört ohne Zweifel ein nicht unerhebliches Prozent der Gewerksvereine politisch zur Sozialdemokratie, und die Reife geht, wenn auch langsam, doch stetig in sozialdemokratische Lager hinüber, wenn sich auch einige Führer mit

Wir müssen diese Denunziation auch dann, wenn sie selbst von einzelnen Gewerksvereinern nachgehört wird, entschieden zurückweisen. Der Gegensatz zwischen den grundsätzlichen Bestrebungen der Gewerksvereine und der Sozialdemokratie ist so groß, daß er nicht überbrückt werden kann. Wenn das Zentrumsblatt die entschiedene Vertretung des Neutralitätsgebodens durch die Gewerksvereine als eine Erzielung zur „Grundlosigkeit“ glaubt kennzeichnen zu können, so ist uns das nur ein Beweis dafür, wie sehr das Zentrumsblatt bemüht sein muß, die Abhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von dem dem Arbeiterinteresse mit seiner Zollpolitik entgegenwirkenden Zentrumsparthei zu verdecken.

Durch ihre partei- und kirchenpolitische Neutralität und Unabhängigkeit sind die englischen Gewerksvereine groß und einflußreich geworden. Auch die deutsche Arbeiterbewegung wird erst eine entscheidende Bedeutung erlangen können, wenn sie die Bevormundung durch partei- und kirchenpolitische Profeytenmacher von sich abgeschüttelt hat.

Wir denken, daß dies ein sehr gefährlicher Grund-satz ist, den der werthwürdige „Volksfreund“ in Offen nicht durch Denunziationen ins Wanken bringen kann. Die Farnrodaer Kollegen aber werden aus diesem Vorgang erkennen, daß sie mit ihrem Seiten-hering nur den Segnern der Gewerksvereine einen Dienst erwiesen haben.

**Arbeiterbewegung.** Die Verwaltung der Zeche „Armonia“ bei Dortmund ordnete durch Anschlag an, daß bis zum 22. Dezember die gesamte Belegschaft täglich eine achte Stundt mehr einfahren sollte. Die Bergleute wiesen jedoch diese Zumutung einmütig zurück, weshalb die Zecheverwaltung die Anordnung wieder zurücknahm. — Zu einem Tarifabschluß ist es in der Konfektionsindustrie in R. Gladbach und Umgebung gekommen. Der auf drei Jahre gültige Tarif sieht die Festsetzung von Minimallohnen, eine fünfprozentige Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit vor. Auch Arbeitervorschläge sollen in sämtlichen Betrieben eingeführt werden. — Der Streik der Kammmacher in Berlin ist beendet. Er hat nur einen teilweisen Erfolg für die Arbeiter gezeitigt. — Den städtischen Arbeitern in Nürnberg sind jetzt seitens des Magistrats nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht worden. Für Ueberstunden werden künftig 25, für Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag gezahlt. Den Feuerhandarbeitern am Gaswerk wurde die Abschwendung ohne Gehaltsminderung, dem Fahrpersonal

der Straßenbahn eine Gehaltszulage von 60 Pf. jährlich sowie auch anderen Arbeitergruppen Lohnaufseuerungen gewährt. Der Erfolg ist hauptsächlich mitzuverwandten den Bemühungen unseres Kollegen, Gemeindevollständigtgen J. D. Kaefer. — In Andernach a. Rh. sind wegen Lohnunterschieden die Ritzerei- und Brauereiarbeiter in den Ausstand getreten. — Die Formzylinder in Berlin haben nach kurzem Streik die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und eine 15prozentige Lohnerhöhung durchgesetzt. Für Ueberstunden werden 25—50 Pct. Aufschlag gezahlt. — Die italienischen Schiffahrtsgesellschaften in Genua haben bis jetzt 24 Schiffe außer Betrieb gesetzt und insgesamt 4000 Matrosen entlassen. In Fougères (Frankreich) sind schon seit mehreren Wochen die Schuhmacher und Schuhfabrikarbeiter ausgefallen. Es handelt sich um etwa 8000 Arbeiter. — Alle Eisenbahnarbeiter in Odesa sind in den Ausstand getreten, so daß die Verladung von Getreide gänzlich eingestellt werden mußte.

In Berlin hatte der Verein der Berliner Hausdiener durch eine kleine Veranlagung der Mehrheit seiner Mitglieder den Anschluß an den Transportarbeiterverband beschlossen. Dagegen hat sich nun eine große Zahl der Mitglieder aufgelehnt und schließlich den Vorstand, den man für diesen Beschluß verantwortlich macht, verlag. Das Gericht hat daraufhin entschieden, den Vorstand des Vereins Berliner Hausdiener aufzulösen, innerhalb 10 Tagen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Erledigung des Protokolls gegen die Urabstimmung“. Es dürfte dies wohl das erste Mal sein, daß von Gericht wegen einer außerordentlichen Generalversammlung eines Arbeitervereins einberufen werden muß.

Der Grund für die Uneinigkeit im Verein Berliner Hausdiener ist wieder einmal die Parteipolitik. Es ist praktisch auch unbedenklich, daß ein Verein dem neuen Reich-Sozialdemokraten auch Sozialdemokraten in größerer Zahl angehören, einzig bleiben kann.

**Chinesen als Landarbeiter.** Der fromme „Reichsbote“ hat angefaßt des Beschlusses der westpreussischen Landwirtschaftskammer, Chinesen als Landarbeiter einzuführen auf einmal liberale Anwandlungen bekommen. Er schreibt nämlich:

„Es liegt uns auch die Notlage der Landwirtschaft naheliegen und bestigen, so halten wir diese Veranstaltung von Ausländern zu uns zu ziehen und zur eine Veranstaltung der Lage. Softentlich gibt dieser Beschluß der Kammer aber den Anstoß zu ernsthaften an anderen Maßnahmen, welche die Arbeiterlast lindern können. Will man die kleinen Leute schätzen und verbüßen, daß die Güter ganz isoliert werden, dann muß man kleine Bauern anstellen, deren Familienmitglieder dann auch auf den Äckern arbeiten werden, wie das im Westen der Fall ist, und muß Industrie ins Land ziehen, welche die Menschen beschäftigt und neue betreibt. Ein gut Teil der Industriearbeiter wird sich dann gerade im Sommer, wo die Fabriken weniger Arbeit haben, der Landwirtschaft zuwenden. Die Hauptsache ist, daß der Osten Mittel erhalte, wodurch er die Menschen und ihre Arbeitskraft festhalten kann, indem er ihnen lohnende und auskömmlichere Beschäftigung bietet, als die Landwirtschaft vermag, die in neuerer Zeit immer mehr Sommerfahnen-Arbeit geworden ist, und im Winter der Arbeit leidet. Dazu ist es bedarf, so daß diese dann Gründung von Bauernhöfen und Anlage von Industrie. Zentralisation von Industrie muß ins Auge gefaßt werden. Dadurch werden Menschen und Geld im Lande gehalten und angezogen, und das kommt auch der Landwirtschaft zu gute. Es gibt Güterbesitzer welche viele Güter besitzen; sie würden den Wert derselben erhöhen, wenn sie eins oder Teile derselben in freie Bauernansiedelungen verwandelten. Wie die Dinge sich jetzt gestalten können die großen Güter nur noch schwer sowie Arbeiter bekommen, als sie unbedingt nötig haben, auch wenn sie noch so viele Maschinen verwenden; denn auch die letzteren haben Menschen zur Bedienung nötig — oder sie müssen ihre Acker als Viehwiesen anlegen. Dazu ist aber das Land nicht überall geeignet, und Deutschland kann es auch nicht wünschen, daß der Getreidebau, wie in England, zurücktritt vor der Viehwirtschaft; deshalb muß der Landwirtschaft Hilfe werden; das ist aber nur möglich, wenn sie durch fräftige und umfängliche Selbsthilfe dazu die Hand bietet. Mit Zwangsmitteln gegen die Bevölkerung ist nichts zu machen.“

In diesen sehr verständigen Ausführungen liegt das Eingefändnis, daß die agrarische Politik, die das platte Land entvölkert, elend Schiffbruch erlitten hat. Wer der Landwirtschaft helfen will, muß in der Tat eine vernünftige liberale Bauernpolitik betreiben. Diese aber ist den Agrariern verhasst. Darum muß sich, damit der Junter wieder die Peitsche niederkauen lassen kann auf die Rücken, die sich vor ihm bücken.

Der soeben erschienene Verwaltungsbericht der Landes-Versicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1905 umfaßt 172 Nummern mit einer Menge von Tafeln und Tabellen. Welch gewaltigen Umfang die Geschäfte der unter Leitung des Herrn Dr. Richard Freund stehenden Versicherungsanstalt

in den 15 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes angenommen, erhellt aus der Tabelle, daß die Unberücksichtigungsanstalt im Jahre 1891 rund 24.000, im Jahre 1901 schon fast 380.000, im Jahre 1905 aber 531.000 Journalnummern (Ein- und Ausgänge zusammen) zu erledigen hatte, und daß das Bureau, das 1891 mit 20 Beamten seine Tätigkeit begann, heute 171 Beamte beschäftigen muß. In dem Berichtsjahre gingen 6580 Anträge auf Invalidenrente und 322 Anträge auf Altersrente ein, gegen das Vorjahr eine kaum nennenswerte Steigerung. Einschließlich der unerledigten Anträge aus dem Jahre 1904 wurden an Invalidenrenten 5360 bewilligt, 447 abgelehnt, an Altersrenten 258 bewilligt, 61 abgelehnt, als unerledigt in das Jahr 1906 übernommen 662 Anträge auf Invalidenrenten und 25 Anträge auf Altersrenten. Die Bemühungen nach tunlichster Beschleunigung des Geschäftsganges haben insofern einen sehr anerkennenswerten Erfolg gehabt, als es gelungen ist, mehr als 75 Prozent aller bewilligten Renten innerhalb spätestens vier Wochen nach dem Eingang des Antrages zur Festsetzung zu bringen. Aus der detaillierten Rententabelle ist als das bemerkenswerthe Moment hervorzuheben, daß während bei der Altersversicherung in dem Verhältnis der Beteiligung der beiden Geschlechter eine Verschiebung nicht eingetreten ist, bei der Invalidenversicherung sich ein ganz auffälliges Wachstum der Zahl der weiblichen Rentner im Vergleich zur Zahl der männlichen zeigt. Insbesondere ist die Umwandlung von Krankenrenten in Invalidenrenten beim weiblichen Geschlecht in viel stärkerer Maße vor sich gegangen als bei den Männern. Ganz besonders groß ist die Zahl der über 70 Jahre alten Invalidenrentnerinnen, eine Tatsache, die sich dadurch erklärt, daß die Frauen anstatt der Altersrente die leichter zu erlangende Invalidenrente beanspruchen, wie denn überhaupt bei alten Leuten, weil sie leichter den Nachweis der Invalidität erbringen können, die Altersrente immer mehr von der Invalidenrente verdrängt wird. Bei den weiblichen Rentnern handelt es sich meist um alte oder ältere Personen, welche durch ungünstige Umstände, meist durch den Tod ihrer Männer, gezwungen werden, einen leichten Dienst anzunehmen, wiewohl sie hart an der Grenze der Invalidität stehen. Je mehr die Kenntnis des Gesetzes in dieser Kreise dringt, desto größeren Zuwachs von Rentnerinnen wird man zu erwarten haben.

### Gewerksvereins-Teil.

8. März a. C. Hies. Nachdem wir erst im vorigen Monat über die erfolgte Gründung eines neuen Ortsvereins berichten konnten, sind wir heute in der angenehmen Lage, weitere recht erfreuliche Fortschritte zu melden. Eine stetige Agitation, welche mit dem am 15. September 1906 in großartiger, öffentlicher Weise abgetreten I. Stiftungsfest des D.-B. der Tischler, auf welchem unser Verbandsrektor Hr. Karl Goldschmidt, die überaus wirksame Schärfe von Sieg zu Sieg, nimmt hier ihren Fortgang und welcher nicht weniger Gewerksvereins-Versammlungen stattgefunden und ist es nur nicht Seltenes in den diesen Tagestagen zwei bis drei Versammlungsberichte in einer einzigen Nummer zu finden. Im folgenden wollen wir unseren Lesern mal einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der hiesigen Gewerksvereine in den letzten 14 Tagen geben und denselben zeigen, wie hier an dem Grenz-Restlenburg und der Obise die Ideen der Deutschen Gewerksvereine gepflegt werden. Am 24. November d. J. hielten wir eine Versammlung ab, um den D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter einen energischen Schritt vorwärts zu bringen, was uns auch glänzend gelang. Kollege Klinge, vom D.-B. der Tischler, hielt einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Welche Berufsorganisation ist jetzigen?“ In klarer, verständlicher Weise schilderte Redner die Entstehung der Organisations überhaupt, und zeigte an der Hand von Tatsachen, wie die sog. „freien“ Organisationen lediglich Handlanger der Sozialdemokratie geworden sind, während die christlichen Gewerksvereine durch die Hilfe, welche sie dem schuppelartigen Zentrum bei den Wahlen leisten, als Arbeiterorganisation zur Führung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters ebenfalls nicht in Betracht kommen, und kam zu dem Schluß, daß nur die politisch und religiös wirklich neutralen Deutschen Gewerksvereine jetzigen Berufsorganisationen sind. In seinem Schlußwort konnte der Redner mit Begeisterung konstatieren, daß durch die soeben erfolgten Annahmen der Ortsvereine wieder mehr, und gab der Jasernter Ausdruck, daß es ihm gelingen werde, sich zu einer achtunggebietenden Stellung emporzuarbeiten.

Am 25. November hielt der D.-B. der Brauer und Räucher seine Monatsversammlung ab, und gelang es hier dem Kollegen Klinge wiederum, durch seine Ausführungen über den Anteil, den die Deutschen Gewerksvereine gegenüber anderen Organisationen bieten, von den Anwesenden 7 neue Mitglieder zu gewinnen. In der am selben Abend in einem anderen lokale Gasthaus abgehaltene Versammlung des D.-B. der Schuhmacher und Schneiderarbeiter konnte dasselbe Resultat festgestellt werden.

In der folgenden Woche fanden die Versammlungen der Ortsvereine der Tischler und der Raschensbauer statt, und überall konnte man ein frisches Fortschreiten unserer guten Sache feststellen, und herrschte in unseren Reihen die frohe Zuversicht. Wie recht wir damit haben, bewies die am 2. Dezember abgehaltene Versammlung der hiesigen Ortsvereine. Es war dies nach der diesen Herbst hindurch betriebenen Agitation gewissermaßen die erste Kräftprobe, die wir mit den Herren „Dreien“ un-